



Erinnern | Mahnen | Handeln

In Erinnerung
an die Reichspogromnacht
vom 9. November 1938

Wie in allen anderen deutschen Städten wurde in Mainz am 9. November 1938 Jagd auf jüdische MitbürgerInnen gemacht; zwei Synagogen und die jüdische Bezirksschule, die sich in einem Seitenflügel der Hauptsynagoge befand, wurden niedergebrannt. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Wohnungen verwüstet, Jüdinnen und Juden in Konzentrationslager deportiert. Einige der Betroffenen begingen unmittelbar nach dem Pogrom Selbstmord. Auch in diesem Jahr wollen wir der Opfer gedenken und an die Verbrechen erinnern. Der 9. November war ein entscheidender Tag in der Entwicklung des deutschen Antisemitismus, die in dem organisierten Massenmord an den europäischen Juden endete. Das Gedenken aber darf nicht folgenlos bleiben, sondern muss über das unmittelbare Ereignis hinausgehen.

Die Verbrechen wurden vertuscht und abgewiegelt. Bereits in den 1950ern verbreiteten diverse Wehrmachtsgeneräle und andere Kriegsteilnehmer ihre Thesen von einem Nationalsozialismus, der letztlich allein auf einer großen Führerfigur beruht habe: Die Deutschen seien die ersten unschuldigen Opfer des Krieges, durch Nazi-Propaganda zum Morden Verführte gewesen. Ein aktueller Vertreter ist Guido Knopp, der mit seinen Fernsehsendungen diese Thesen in einem Massenmedium bedient. Diesen Aspekt wird Hannes Heer in unserer Veranstaltung am 6. November 2006 näher beleuchten: Er spricht über »das Dritte Reich des Guido Knopp«. Die me-

diale Aufarbeitung des Faschismus, die sich nicht nur in den entsprechenden ZDF-Serien, sondern auch in aufwändig produzierten Spielfilmen wie »Der Untergang« oder »Dresden« zeigt, ist ein Relativieren, Personifizieren und Dämonisieren der Geschichte.

Auf der politischen Ebene geht es in schnellen Schritten ebenfalls zurück in die 50er Jahre: die offizielle Gedenkpoltik der BRD versucht immer mehr, nur von deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges zu reden. NS-Gedenkstätten sollten in diesem Jahr erstmals am sog. »Tag der Heimat« flaggen, dem Feiertag für die Berufsrevisionisten des »Bundes der Vertriebenen«. Im August dieses Jahres hielt anlässlich eines Konzertes zum Gedenken an das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald ein Mitarbeiter des Kulturstaatsministers Hermann Schäfer eine Rede in Weimar. In dieser Ansprache erwähnte er die Opfer des Faschismus mit keinem Wort und berichtete nur von deutschen Vertriebenen und deren Leid.

Die Geschichtspolitik der großen Koalition ergänzt hier die Arbeit der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung, die das Ziel verfolgte, Deutschland als geläuterte Großmacht zu etablieren und den Krieg als Mittel deutscher Außenpolitik wieder einzuführen. Die rot-grüne Vergangenheitsbewältigung geht so: Weil die Deutschen eine vorzügliche Aufarbeitung der Vergangenheit geleistet hätten, seien sie als erste berufen, ja sogar verpflichtet, einzugreifen, falls

irgendwo auf der Welt ähnliches sich ereigne. Und so entdeckte Außenminister Fischer 1999 ein angeblich neues Auschwitz im Kosovo – der erste Krieg nach 1945 mit aktiver militärischer Beteiligung der Deutschen begann.

Momentan scheint alles auf einen erneuten »Aufstand der Anständigen« gegen »Rechtsextremismus« hinauszulaufen. Der bereits unter Gerhard Schröder verkündete angeblich harte Kurs gegen rechts diente vor allem dazu, Deutschland als weltoffenes und liberales Land darzustellen. Getrieben von der Sorge, dass Deutschlands Ansehen im Ausland sinken könnte, ging die Regierung halbherzig gegen Neonazis vor. Beispielsweise wurde die Nazi-Musik-Organisation »Blood & Honour« verboten, konnte aber (teilweise unter den Augen der Polizei) weiterhin Veranstaltungen und Konzerte durchführen. Außerdem forderte die damalige rot-grüne Regierung ein Verbot der NPD. Dies scheiterte im Frühjahr 2003 an den Verstrickungen der Verfassungsschutzbehörden mit dem Apparat der neonazistischen Partei. Wir fordern die vollständige Zerschlagung der Neonazi-Strukturen!

Dies alles wird begleitet von einem nach wie vor herrschenden Antisemitismus, der nicht nur bei Neonazis zu finden ist. Aktuelle Studien zeigen, dass 30 % der Deutschen in Ost und West antisemitischen Aussagen zustimmen. Dies dürfte allerdings nur die Spitze des Eisberges sein, da sich die Zahlen auf

den klassischen Antisemitismus beziehen. Bei anderen Formen, wie z. B. dem sekundären Antisemitismus, einer Abwehrhaltung gegenüber der Beschäftigung mit den Verbrechen der Deutschen an den Juden im Dritten Reich, liegt die Zustimmung deutlich höher. So stimmen beispielsweise 62 % der Aussage »Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören« zu. Ebenfalls hohe Zustimmung erfahren antizionistische Aussagen, die die Notwendigkeit Israels als Schutzmacht für Juden weltweit verneinen und das Existenzrecht dieses Staates bestreiten.

Um uns näher mit dem Thema Antisemitismus zu beschäftigen haben wir für den 15. November Thomas Hauray eingeladen, der Titel der Veranstaltung lautet: »Zur Aktualität des Antisemitismus«.

Wir rufen für den 9. November selbst dazu auf, mit uns der Opfer dieses Verbrechens zu gedenken, die Täter zu benennen und die Wachsamkeit gegenüber jeglicher Form des Antisemitismus sowie des Rassismus zu schärfen. Beteiligt euch am Kampf gegen Antisemitismus und Faschismus. Schweigt nicht bei dem nächsten Judenwitz in der Straßenbahn oder wenn Naziaufmärsche drohen! Solchen Äußerungen gilt es mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten! Wir fordern dazu auf, alles dafür zu tun, den Nazis nicht die Straße zu überlassen! Antifaschistisches Engagement muss den antisemitischen Konsens und seine Wurzeln bekämpfen!

Montag
6. November

»Das Dritte Reich des Guido Knopp.
Vom medialen Umgang mit der Nazivergangenheit«

Vortrag und Diskussion mit
Hannes Heer (Hamburg)

19:00 Uhr Raum P 10, Philosophicum
Welderweg 18, Campus der Uni

Donnerstag
9. November

Gedenkkundgebung:

18:00 Uhr
Gutenbergplatz (Theater)

Mittwoch
15. November

»Zur Aktualität des Antisemitismus«

Vortrag und Diskussion mit
Thomas Haury (Freiburg)

19:00 Uhr DGB-Haus, Kaiserstraße

Bündnis 9. November: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Mainz-Bingen, AStA Uni Mainz, AK Antifa Mainz, JungdemokratInnen / Junge Linke LV Rheinland-Pfalz, Antifaschismus-AG an der Uni Mainz, Linke SchülerInnen Aktion Mainz, Hochschulgruppe kritische linke, JungdemokratInnen / Junge Linke KV Mainz-Bingen